



Rundschreiben 096/2023

- Mitglieder des **Verfassungs- und Europaausschusses**
- Mitglieder des **Sozialausschusses**
- Mitglieder des **Finanzausschusses**
- **Landesverbände**

des Deutschen Landkreistages

Bitte an den Bund um Spitzengespräch zu Flüchtlingsfragen

Bezugsrundschreiben Nr. 69/2023 vom 30.1.2023 und 774/22 vom 11.10.2022

Zusammenfassung

Auf die wiederholte dringliche Bitte an den Bundeskanzler um ein ressortübergreifend koordiniertes Spitzengespräch zu Flüchtlingsfragen hat der Deutsche Landkreistag bisher seitens der Bundesregierung keinerlei Antwort erhalten. Nun hat Bundesinnenministerin Faeser im ZDF angekündigt, die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene zu einem Gespräch einzuladen. Das Rundschreiben unterrichtet über den Sachstand und ordnet die von der Ministerin getätigten Aussagen zur Vermeidung von Missverständnissen ein.

Wie mit den Bezugsrundschreiben unterrichtet, hat der Deutsche Landkreistag gegenüber der Bundesregierung schriftlich mündlich und medial deutlich gemacht, dass die Unterbringung und Betreuung der vor dem Krieg geflüchteten Ukrainer sowie von Flüchtlingen aus Ländern wie Afghanistan, Syrien und der Türkei immer mehr dazu führt, dass die Belastungsgrenze in vielen Landkreisen erreicht oder bereits überschritten ist.

Das DLT-Präsidium hat auf seiner Sitzung vom 11.1.2023 die Dringlichkeit der Situation erneut bekräftigt und darum gebeten, möglichst zeitnah ein Spitzengespräch zu diesen Fragestellungen mit dem Bundeskanzler zu initiieren. Neben der Unterbringung müssen auch die Integration und die Finanzierung sowie eine bessere Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union angesprochen werden. Deshalb hat sich der DLT gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund noch einmal mit einem entsprechenden Schreiben an Bundeskanzler Olaf Scholz gewandt.

Eine Antwort des Bundeskanzlers oder aus dem Bundeskanzleramt steht nach wie vor aus. Vielmehr hat nun Bundesinnenministerin Nancy Faeser in der ZDF-Sendung „Berlin direkt“ vom 5.2.2023 Stellung genommen und angekündigt, noch in dieser Woche zu einem Gespräch einzuladen.

Der DLT hat in der als **Anlage 1** beigefügten Pressemitteilung vom 6.2.2023 „Kommunen brauchen dringend die koordinierte Unterstützung der gesamten Bundesregierung“ ein Gespräch alleine mit der Bundesinnenministerin als völlig unzureichend angesehen. Denn es bedarf einer ressortübergreifenden Unterstützung des Bundes. Es fehlt an Wohnungen, an

Kitaplätzen, an Lehrern für Schulen und Sprachkurse. Auch deshalb vergrößern sich die gesellschaftlichen Spannungen. Die Kapazitäten sind vielerorts erschöpft, und das erforderliche Geld dazu fehlt auch. In dieser Situation brauchen die Landkreise dringend politische Unterstützung aus dem Kanzleramt. Dazu gehören eine Begrenzung der irregulären Zuwanderung, größte Anstrengungen für eine gerechtere europäische Verteilung, ein starkes Engagement des Bundes und der Länder bei der Unterbringung sowie eine vollständige Entlastung der Landkreise von den mit der Flüchtlingsaufnahme verbundenen Kosten.

Darüber hinaus hat Bundesinnenministerin Faeser in dem ZDF-Interview eine Reihe von Äußerungen getätigt, die zur Vermeidung von Missverständnissen einer Einordnung aus kommunaler Sicht bedürfen. Hierzu hat der DLT die als **Anlage 2** beigefügte Stellungnahme erstellt, die die bisherigen Gespräche des BMI mit den kommunalen Spitzenverbänden einordnet und eine kurze Übersicht über die Kostenerstattungsregelungen des Bundes für Flüchtlinge gibt.

Wir werden über den Fortgang unterrichten und bitten einstweilen um Kenntnisnahme.

Henneke